

28.9.2026

Stellungnahme von Herrn Bürgermeister Christian Bommers zur angeregten Schließung der Straßenverkehrsämter Meerbusch und Dormagen

Telefon / Fax / E-Mail

02132 - 916 411
02132 - 916 39 411
christian.bommers@meerbusch.de

Das Vorhaben des Rhein-Kreises Neuss, die Außenstellen des Straßenverkehrsamtes in Meerbusch und Dormagen zum Zweck der Haushaltskonsolidierung zu schließen, ist aus Sicht der Stadt Meerbusch rein sachlich nachvollziehbar. Im Zuge einer „Aufgabenkritik ohne Denkverbote“ ist es legitim, auch unpopuläre Maßnahmen ins Kalkül zu ziehen. *Zeitpunkt und Vorgehensweise* sehe ich hingegen kritisch.

Anschrift/Raum

Meerbusch-Büderich
Rathaus
Dorfstraße 20
Raum 110

Grundsätzlich ist zu hinterfragen, ob der *Zeitpunkt* in einer Phase, in der die Bürgerinnen und Bürger ohnehin mit Mehrkosten (z. B. Erhöhung der Grundsteuer), (Sprit-) Preissteigerungen sowie Kürzungen und Einschränkungen vielerlei Art belastet sind, gut gewählt ist. Nach außen hin wird die Schließung unweigerlich als Service-Abbau zu Lasten der Kundinnen und Kunden wahrgenommen werden. Das wiederum ist nachvollziehbarerweise nicht akzeptanzfördernd. Gleiches gilt für die dann zunehmende Zahl von Autofahrten zu den Zulassungsstellen in Neuss oder Grevenbroich, die aus ökologischen und verkehrstechnischen Gründen nicht nachhaltig sind. Die Digitalisierung wird auch die Behördengänge zum Straßenverkehrsamt zukünftig weiter verändern, Stichwort „i-Kfz-App“. Wenn man schon eine Dienstleistung reduzieren muss, dann wäre es wünschenswert, dieses mit dem Hinweis auf weitere digitale Alternativen zu tun. Hierzu kommt der geplante Schritt allerdings zu früh. Für die Stadt Meerbusch nachteilig ist zudem die Tatsache, dass die Bürgerinnen und Bürger erfahrungsgemäß die Kommune vor Ort und nicht die Kreisverwaltung für die Schließungen und deren Folgen kritisieren werden.

Ihr Zeichen

Mein Zeichen

Die Art und Weise, wie das Thema von Seiten des Rhein-Kreises Neuss eingebracht und kommuniziert wurde, halte ich für zumindest sehr unglücklich.

Eine einmalige Information ohne belastbare Zahlen in der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz im Mai dieses Jahres mit anschließendem Stillschweigen und dann plötzlich aufgebautem Zeitdruck wird dem Thema, das eine breite Öffentlichkeitswirksamkeit hat, nicht gerecht. Im Rahmen der so genannten „Benehmensherstellung“ gab es für die betroffenen Kommunen keine Gelegenheit zur formellen Stellungnahme. Dass diese erst jetzt, unmittelbar vor Beschlussfassung eingeräumt wird, ist befremdlich und der Sache nicht dienlich.



Christian Bommers